



Pressemitteilung:

ÖDP Landesverband NRW

FOR IMMEDIATE RELEASE

28. Januar 2021

Dringende politische Maßnahmen erforderlich:

Corona verstärkt Ungleichheit

Wirtschaftssystem bedarf einer Gemeinwohl-Orientierung

(Düsseldorf/Münster) – Die Corona-Pandemie führt zu massiven sozialen Folgen. Diese werden in der derzeitigen Diskussion nur am Rande erwähnt. Der Landesvorstand der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) Nordrhein-Westfalen fordert neben den gesundheitsorientierten Maßnahmen ein umfassendes Sofortprogramm zur Abpufferung der sozialen Folgen der Pandemie. Corona ist nicht nur ein gesundheitspolitisches Problem, sondern beinhaltet immensen sozialen Sprengstoff und stellt ohne ausreichende soziale Abfederungen ein erhebliches Risiko für den sozialen Zusammenhalt dar. Die Corona-Pandemie macht nach Meinung der ÖDP NRW wie in einem Brennglas die Schwächen unseres derzeitigen Wirtschaftssystems deutlich. Die ÖDP fordert daher den Umbau in eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsordnung.

Der jüngste Bericht von OXFAM Deutschland unter dem Titel „Das Ungleichheits-Virus“ zeichnet ein katastrophales Bild der sozialen Lage des Gemeinwesens weltweit. Er kommt zum Ergebnis, dass die Corona-Pandemie die soziale Ungleichheit und Armut verschärft. Hierbei bezieht sich der Bericht auch auf Befunde des IWF, der Weltbank und der OECD. Das Besondere an diesen Veränderungen in der Corona-Pandemie ist die weltweite Gleichzeitigkeit des Verarmungs-Effekts.

„Aktuelle Zahlen unterstreichen, wie sehr die Corona-Krise die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft: Es dauerte nur neuen Monate, bis das Vermögen der reichsten 1000 Milliardär*innen wieder den Stand vor der Pandemie erreicht hatte. Für die ärmsten Menschen der Welt könnte die Erholung 14-mal länger dauern, also länger als ein Jahrzehnt.“ so der Bericht.

Der derzeit reichste Mann der Welt, Elon Musk, erzielte in der Pandemie einen Vermögenszuwachs von 131 Milliarden US \$. Die drei reichsten Milliardäre in Deutschland konnten ihr Vermögen um 6,4 Milliarden \$ steigern. Dem stehen deutliche Einkommen- und Vermögensverluste am unteren Ende der Einkommensskala gegenüber.

Es ist zu erwarten, dass diese Ungleichheit insbesondere aufgrund der verminderten Bildungschancen, die durch die Pandemie verursacht werden, in unsrem Lande über Jahrzehnte zementiert wird. Gleiche Bildung ist einer der Kernfaktoren für soziale Gleichheit. Unterschiedliche Bildungschancen führen zwangsläufig zu sozialer Ungleichheit. Es ist daher ein Skandal, wie die Bildungspolitik auch in Nordrhein-Westfalen mit den Zukunftschancen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die durch die Corona-Pandemie betroffen sind, umgeht. Es war ausreichend Zeit vorhanden, die Schulen auf einen Lehrbetrieb durch Distanz- und Wechselunterricht vorzubereiten. Geschehen ist hier nahezu nichts. Es wurden auch nicht die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Das Versagen der Bildungspolitik der NRW-Landesregierung stellt damit gleichzeitige auch ein Versagen der Landesregierung in der Sozialpolitik dar.

Großmundig wurde den Einzelselbständigen und kleinen Unternehmen Hilfe in Aussicht gestellt. Das Geld war da, ausgezahlt wurde an Konzerne, die wirklich bedürftigen Selbständigen warten weiterhin überwiegen auf die Überweisungen. Durch dieses mehr als skandalöse Verhalten der Landesregierung werden Existenzen zerstört und Menschen in den Ruin getrieben.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen orientieren sich faktisch überwiegend an Großkonzernen und lassen die lokale Wirtschaft im Regen stehen. Diese lokalen Betriebe sind aber für eine lokale Kreislaufwirtschaft, die vor allem für die Bekämpfung der

Klimakrise von existenzieller Bedeutung ist, überaus wichtig. Diese Chance für eine andere, kreislauforientierte Wirtschaft wird im Zuge der Corona-Krise zerstört.

Auch haben diese Kleinbetriebe eine große Bedeutung für die Beschäftigung in NRW. Über 1/3 alle Beschäftigten sind in Betrieben mit weniger als 50 MitarbeiterInnen tätig.

Somit ist in Folge der Coronakrise eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen zu befürchten.

Die Situation entsteht nicht nur durch das soziale Versagen der Landesregierung. Sie ist auch eine Konsequenz aus unserem derzeitigen, einseitig auf Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaftssystem. Der Betrag von wirtschaftlichem Handeln für das Gemeinwohl muss nach Meinung der ÖDP weitaus stärker in den Vordergrund gerückt werden. Diese Forderung ist auch in unserem Grundgesetz verankert: Art. 14 Abs. 2 Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Zur Umsetzung dieses Verfassungsgrundsatzes fordert die ÖDP die Einführung einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftsordnung.

Link zum OXFAM-Bericht:

https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_ungleichheitsvirus_deutsch.pdf

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.oedp-nrw.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/corona-verstaerkt-ungleichheit/>

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) wurde 1982 als Bundespartei gegründet. Die ÖDP hat derzeit bundesweit über 8000 Mitglieder und über 530 Mandatsträger auf der Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, ist in Bezirkstagen vertreten, stellt Bürgermeister und stellv. Landräte und ist seit 2014 auch im Europäischen Parlament vertreten.

Damit zählt die ÖDP zu den zehn größten Parteien Deutschlands.

Wer wir sind ...

In der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) arbeiten Menschen, die gemeinwohlorientiert denken und handeln. Der oberste Grundsatz unseres politischen Handelns ist, dass wir nicht nur an uns selbst denken, sondern auch solidarisch an alle Menschen auf unserer Erde und an die zukünftigen Generationen. Wir entwickeln zukunftsfähige Lösungen für Mensch, Tier und Umwelt mit dem Ziel einer lebenswerten, gerechten und friedvollen Gesellschaft. Der Grundsatz „Mensch vor Profit“ steht im Mittelpunkt unserer Politik. Wir lösen die Umwelt- und die Armutsfrage gemeinsam, indem wir ökonomische, ökologische und soziale Zusammenhänge ehrlich und weitsichtig betrachten.

Link zum Programm der ÖDP: <https://www.oedp.de/programm/bundesprogramm/>

Pressekontakt:

**Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP), Landesverband NRW
-Landespressestelle-**

Weseler Str. 19 - 21
48151 Münster

Telefon	02159 5362116
E-mail:	presse@oedp-nrw.de
Internet:	www.oedp-nrw.de
Vorstand:	https://www.oedp-nrw.de/partei/organisation/landesvorstand/
V.i.S.d.P.:	Martin.Schauerte@oedp.de (Landesvorsitzender)

Datenschutzhinweis:

Es wird lediglich die E-Mail-Adresse im Presseverteiler der ÖDP-NRW gespeichert. Diese E-Mail-Adresse findet ausschließlich Verwendung zum Versand von Pressemitteilungen. Eine Weitergabe erfolgt nicht. Sie können jederzeit deren Löschung verlangen. Senden Sie bitte hierzu ein E-Mail an: Presse@oedp-nrw.de

Datenschutzerklärung sowie Impressum zur WEB-Seite finden Sie hier:
<https://www.oedp-nrw.de/service/impressum/>

E-Mail: presse@oedp-nrw.de
